Deutschland

Die Stagnation des Welthandels hat der exportabhängigen Wirtschaft einen schweren Schlag versetzt, da die Exportaufträge und die Industrieproduktion zurückgegangen sind. Nach einer Expansion um geschätzte 0,6% im Jahr 2019 wird das BIP den Projektionen zufolge 2020 nur um 0,4% und 2021 um 0,9% wachsen. Die andauernden Handelsstreitigkeiten und die Unsicherheit über den Brexit belasten das Geschäftsklima und die Investitionstätigkeit. Der private Konsum und die Bauwirtschaft werden voraussichtlich robust bleiben, die Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe wird jedoch auf den Rest der Volkswirtschaft abfärben. Angesichts des Fachkräftemangels und der Flexibilisierung der Arbeitszeiten ist jedoch nicht mit einer starken Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen.

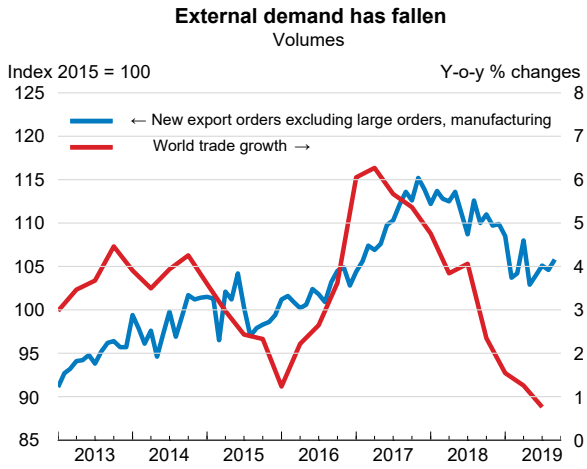
Eine expansive Geld- und Fiskalpolitik wird das Wachstum weiter stützen. Da Investitionen in einem breiten Spektrum von Infrastruktursektoren erforderlich sind und die Konjunktur nachlässt, sollten die im Rahmen der Schuldenbremse zulässigen Haushaltsspielräume genutzt werden, um das langfristige Wachstum zu stärken und den Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft zu erleichtern.

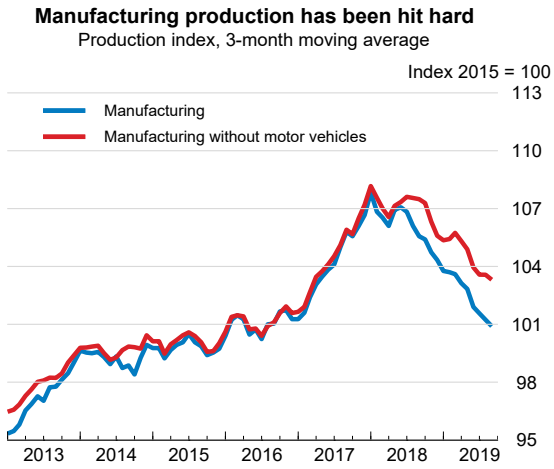
Die schwache Auslandsnachfrage wird durch inländische Faktoren ausgeglichen

Der anhaltend schwache Welthandel hat in Deutschland zu einem weiteren Rückgang der Industrieproduktion und einer Konjunkturverlangsamung beigetragen. Die Exportaussichten sind nach wie vor schlecht, und die Auftragseingänge stabilisieren sich auf niedrigem Niveau. Die Unternehmensinvestitionen sind ebenfalls gesunken, da sich das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe weiter eingetrübt hat. Während der Produktionsrückgang Ende 2018 zunächst teilweise auf vorübergehende Lieferstörungen im Zusammenhang mit neuen Emissionsvorschriften für Kraftfahrzeuge zurückzuführen war, ist die Schwäche inzwischen im gesamten Verarbeitenden Gewerbe zu spüren. Die Automobilindustrie steht aufgrund der Umstellung auf emissionsarme Fahrzeuge vor einer strukturellen Herausforderung. Das Vertrauen im Dienstleistungssektor ist nach wie vor hoch, die sich eintrübenden Unternehmenserwartungen deuten jedoch auf gewisse Spillover-Effekte aus dem Verarbeitenden Gewerbe hin, insbesondere bei eng mit ihm verbundenen Unternehmensdienstleistungen.

Das Beschäftigungswachstum hat sich im Verlauf des Jahres 2019 verlangsamt, bleibt aber positiv, und die Arbeitslosenquote verharrt auf einem historischen Tiefstand. Die Zahl der offenen Stellen hat in den letzten Monaten jedoch zu sinken begonnen, wenn auch von einem sehr hohen Niveau aus. Die Unternehmen greifen verstärkt auf die staatlich geförderte Kurzarbeit zurück. Der private Verbrauch wird durch das Wachstum der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gestützt, die von fiskalpolitischen Maßnahmen und steigenden Löhnen profitieren (das Lohnwachstum belief sich im zweiten Quartal auf über 3%). Die Gesamt- und die Kerninflation lagen im ersten Halbjahr 2019 bei rd. 1,5%, sind im dritten Quartal jedoch gesunken. Das Verbrauchervertrauen ist trotz einer Eintrübung im Jahresverlauf nach wie vor hoch. Der Bausektor ist robust geblieben, und das Geschäftsklima in diesem Sektor ist gut. Die Verlangsamung der Wohnungsbauinvestitionen im zweiten Quartal war weitgehend vorübergehender Natur. Die relativ milden Witterungsverhältnisse in den Wintermonaten kamen der Bautätigkeit zugute und die Auftragsbücher sind nach wie vor gut gefüllt.

Germany 1





Source: Statistisches Bundesamt; OECD Economic Outlook 106 database and OECD calculations.

StatLink https://doi.org/10.1787/888934045392

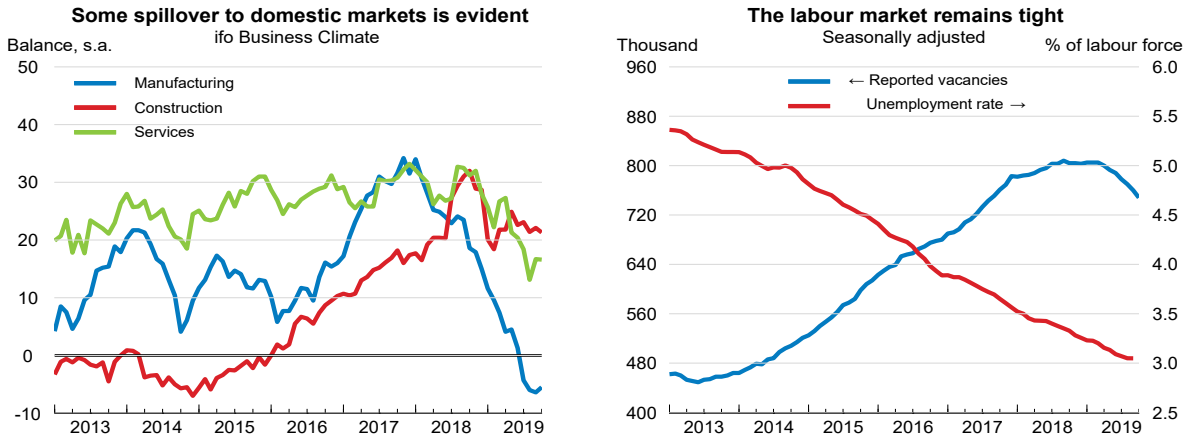
Germany: Demand, output and prices

Germany	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Current prices EUR billion	Percentage changes, volume (2015 prices)				
GDP at market prices	3 128.4	2.8	1.5	0.6	0.4	0.9
Private consumption	1 646.5	1.6	1.2	1.4	1.1	1.2
Government consumption	620.0	2.4	1.4	1.9	1.7	1.8
Gross fixed capital formation	633.7	3.1	3.5	2.7	0.4	1.4
Final domestic demand	2 900.2	2.1	1.8	1.8	1.1	1.4
Stockbuilding[1]	- 0.2	0.4	0.3	-0.5	0.1	0.0
Total domestic demand	2 900.0	2.6	2.1	1.2	1.2	1.4
Exports of goods and services	1 436.3	5.5	2.3	0.8	-0.1	1.3
Imports of goods and services	1 207.9	5.7	3.7	2.3	1.4	2.3
Net exports[1]	228.4	0.4	-0.4	-0.6	-0.6	-0.4
Memorandum items						
GDP without working day adjustments	3134.1	2.5	1.5	0.5	0.8	0.9
GDP deflator	_	1.1	1.5	1.9	1.9	1.9
Harmonised index of consumer prices	_	1.7	1.9	1.3	1.2	1.5
Harmonised index of core inflation[2]	_	1.3	1.3	1.2	1.1	1.5
Unemployment rate (% of labour force)	_	3.8	3.4	3.1	3.2	3.3
Household saving ratio, net (% of disposable income)	_	10.4	11.0	11.0	10.9	10.8
General government financial balance (% of GDP)	_	1.2	1.9	1.0	0.3	-0.2
General government gross debt (% of GDP)	_	74.1	70.3	68.5	67.5	67.0
General government debt, Maastricht definition (% of GDP)	_	65.2	61.8	60.0	59.0	58.5
Current account balance (% of GDP)	_	8.1	7.5	7.3	6.5	6.1

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.
2. Harmonised index of consumer prices excluding food, energy, alcohol and tobacco.
Source: OECD Economic Outlook 106 database.

StatLink https://doi.org/10.1787/888934046418

Germany 2



Source: Ifo Business Survey; Deutsche Bundesbank; and Statistisches Bundesamt.

StatLink https://doi.org/10.1787/888934045411

Es besteht fiskalischer Spielraum, auf den Abschwung zu reagieren

Durch die Umsetzung verschiedener im Koalitionsvertrag vereinbarter Maßnahmen, wie z.B. höherer Steuerfreibeträge, Kindergeldleistungen und Renten, ist die Fiskalpolitik in diesem Jahr expansiv ausgerichtet. Einige dieser Maßnahmen werden die Nachfrage 2020 ebenfalls beleben, allerdings in geringerem Umfang als 2019. Im Jahr 2021 wird die Konjunktur durch eine weitere Anhebung des Kindergelds und die notwendige Reform des in den 1990er Jahren zur Finanzierung der Wiedervereinigung eingeführten Solidaritätszuschlags etwas angekurbelt werden.

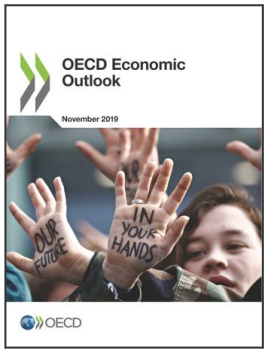
Da sich die Wirtschaft verlangsamt und in einem breiten Spektrum von Infrastruktursektoren, wie Breitband-Internet, Straßen, Schulen, Wohnungsbau, Energie, Abfall- und Wasserwirtschaft, ein Investitionsstau besteht, sollten die Haushaltsspielräume genutzt werden, um das langfristige Wachstum zu stärken, den regionalen Zusammenhalt zu fördern und den Übergang zu einer umweltfreundlichen, emissionsarmen Energie- und Verkehrsinfrastruktur zu beschleunigen. Gleichzeitig müssen die in vielen Kommunen bestehenden finanziellen und personellen Engpässe in der Projektplanung dringend durch Weiterbildung und Kapazitätserweiterungen auf lokaler Ebene behoben werden. Außerdem ist es aufgrund der angespannten Kapazitäten im Baugewerbe und am Arbeitsmarkt nur begrenzt möglich, die öffentlichen Investitionen sofort zu erhöhen, ohne die Kosten zu steigern. Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Berufen, in denen Arbeitskräftemangel das Produktionswachstum bremst, könnte diesen Engpässen entgegenwirken. Zudem könnte sich die Situation ändern, wenn die derzeitige Konjunkturschwäche anhält. Die derzeitigen Ausgabenpläne reichen nicht aus, um den Investitionsstau zu beheben.

Der Bundeshaushalt wird trotz der geplanten Strukturhilfen für die Bergbauregionen und des Klimapakets voraussichtlich ausgeglichen bleiben. Der verfügbare fiskalische Spielraum, der sich aufgrund der sinkenden staatlichen Kreditkosten ausgeweitet hat, sollte auf jeden Fall genutzt werden, da die Geldpolitik im Euroraum bereits expansiv ausgerichtet ist und nur begrenzte Möglichkeiten hat, noch mehr zu tun. Die anhaltend niedrigen Zinssätze verstärken die Risiken für die Finanzstabilität, die von einer hohen Verschuldung und einem beschleunigten Kreditwachstum ausgehen. Im Juli 2019 erhöhte die Finanzmarktaufsicht den antizyklischen Kapitalpuffer auf 0,25%, um die Widerstandsfähigkeit des Bankensystems zu stärken.

Die anhaltend schwache Auslandsnachfrage ist ein Risiko für das Wirtschaftswachstum

Da die globale Nachfrage im Projektionszeitraum verhalten bleiben dürfte, wird die gesamtwirtschaftliche Produktion 2020 nur geringfügig wachsen, bevor sie 2021 allmählich an Fahrt gewinnt. Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich nur leicht zunehmen, da die staatlich geförderte flexible Kurzarbeit den Arbeitskräfteüberhang teilweise absorbieren dürfte, solange die Konjunkturabschwächung vorübergehender Natur ist. Außerdem werden die Arbeitgeber nur ungern auf qualifizierte Arbeitskräfte verzichten. Der Anteil der Unternehmen, die den Fachkräftemangel als Risiko für die Unternehmensentwicklung betrachten, ist in den letzten zehn Jahren effektiv drastisch gestiegen. Der dynamische Arbeitsmarkt und die moderaten fiskalpolitischen Maßnahmen werden den Inlandsverbrauch stützen, und bei nachlassenden Kapazitätsengpässen dürfte der Wohnungsbau expandieren, um den Auftragsbestand abzuarbeiten. Die Inflation wird klar unter 2% verharren.

Deutschlands exportabhängige Wirtschaft ist besonders anfällig gegenüber außenwirtschaftlichen Risiken und einer weiteren Verlangsamung des Welthandels. Eine Verschärfung der Handelsstreitigkeiten, ein stärkerer Konjunkturabschwung in China oder anhaltende Unsicherheiten im Hinblick auf den Brexit würden die Aussichten verschlechtern und das Risiko erheblicher Ausstrahlungseffekte auf die Binnenwirtschaft und den Arbeitsmarkt erhöhen. Strukturelle Veränderungen in der Automobilindustrie stellen ein weiteres Abwärtsrisiko dar und könnten zu Arbeitsplatzverlusten führen. Umgekehrt ist eine Erholung wahrscheinlich, wenn der jüngste Abschwung zum großen Teil auf vorübergehende Faktoren zurückzuführen sein sollte und die Handelsunsicherheit ausgeräumt wird.



From:

OECD Economic Outlook, Volume 2019 Issue 2

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/9b89401b-en

Please cite this chapter as:

OECD (2019), “Deutschland”, in *OECD Economic Outlook, Volume 2019 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/c13a1b9b-de

This document, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area. Extracts from publications may be subject to additional disclaimers, which are set out in the complete version of the publication, available at the link provided.

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at http://www.oecd.org/termsandconditions.